

16. IV. 1919

772

denselben aus, da sich derselbe aus technischen Gründen, Einbau von Steigrohren bei den Sektionshänen der Wasserleitung, Anschaffung von Schläuchen und wegen der zu großen Kosten, welche hiedurch der Gemeinde für jedes einzelne Haus erwachsen würden, nicht durchführen läßt. (Abgelehnt.)

BN. Farda beantragt, die Bezirksvertretung wolle darauf einwirken, daß den Gärtnern aus Wien und Umgebung wieder gestattet werde, ihre Erzeugnisse auf die verschiedenen Märkte zwecks reichlicherer Versorgung der Bevölkerung mit Gemüse zu bringen. Die seinerzeitige, das Verbot der freien Einfuhr und des freien Handels beinhaltende Verordnung möge sofort aufgehoben werden.

Dieser Antrag wird von Frau BN. Pfisterer unterstützt.

Nachdem noch BN. Wieninger befürwortend zu dem Antrage gesprochen, wird derselbe zum Beschlusse erhoben.

BN. Dorner führt Beschwerde über die ungerechten Drangsalierungen und hohen Geld- und Arreststrafen, welche die den Lebensmittelhandel betreibenden Geschäftsleute auf Grund von Anzeigen durch Organe des Kriegswucheramtes, des Marktammtes und der Polizei über sich ergehen lassen müssen, und bittet um diesbezügliche dringende Abhilfe. (An den Magistrat.)

BN. Dr. Stiglich stellt folgenden Antrag: Der zur Beratung der Gemeindevahlordnung eingesetzte Gemeinderats-Ausschuß hat den Beschluß gefaßt, daß die Mandate für den zukünftigen Gemeinderat bezirksweise zu vergeben seien. Dieser Beschluß hat für die kleinen Parteien eine verderbliche Wirkung, da für dieselben durch die Proportionalwahl in den kleinen Wirkungskreisen viele Tausende von Stimmen verloren gehen. So haben die fortschrittlichen Parteien bei den letzten Nationalwahlen ungefähr 50.000 Stimmen verloren. Diese Ungerechtigkeit, welche sich bei den bevorstehenden Gemeinderats- und Bezirksratswahlen wiederholen würde, kann nur dadurch behoben werden, daß aus ganz Wien nur ein Wahlkreis gebildet wird. Redner stellt daher den Antrag: 1. Die Bezirksvertretung wolle dagegen Einspruch erheben, daß die Gemeinde- und Bezirksratswahlen bezirksweise durchgeführt werden, es möge vielmehr Wien als einziger Wahlkreis in Betracht gezogen werden und der Herr Bezirksvorsteher wolle durch Vermittlung des Herrn Bürgermeisters dahin wirken, daß der bezügliche Beratungspunkt über die Gemeinderatswahlreform in der entscheidenden Gemeinderats-Sitzung von der Tagesordnung abgesetzt und zur neuerlichen Beratung an den Gemeinderats-Ausschuß rückverwiesen werde. 2. Die Bezirksvertretung wolle sich dafür einsetzen, daß anlässlich der Umarbeitung des Gemeindestatutes die Kompetenz der Bezirksvertretungen entsprechend erweitert und jedem Bezirke ein größeres Maß von Selbstverwaltung eingeräumt werde. Zu diesem Zwecke sollten von jedem Bezirke der Beratung über die Gemeindestatutsänderung Experten beigezogen werden.

Der Antrag wird von den BN. Dr. Freuder und Themeszl unterstützt. BN. Wieninger spricht dagegen. (Abgelehnt.)

BN. Dr. Freuder stellt unter Hinweis auf den herrschenden Uebelstand, daß die meisten Heilmittel, darunter sehr wichtige, wie Lebertran, Salvarsan u. s. w. in den Apotheken nicht erhältlich sind und woran auch die zentrale Bewirtschaftung Schuld trägt, den Antrag, die Bezirksvertretung möge sich durch den Magistrat mit dem städtischen Gesundheitsamte ins Einvernehmen setzen, daß letzteres an geeigneter Stelle die notwendigen Schritte

unternehme, damit die Arzneimittel wieder Gegenstand des freien Verkehrs und direkt aus den Apotheken erhältlich werden. (Einstimmig angenommen.)

BN. Gladky weist auf die große Misere hin, die in der Kehrichtabfuhr im 1. Bezirke besteht. Abgesehen davon, daß die Müttwagen sehr unregelmäßig erscheinen, kommt es vor, daß der Hauskehricht erst um zehn Uhr vormittags abgeholt und verfrachtet wird. Redner wünscht Beseitigung dieser Uebelstände. Frau BN. Anderl beklagt bei dieser Gelegenheit die sanitätswidrigen Zustände, die im Schulhose herrschen. (An den Magistrat.)

BN. Waschler wünscht die Herstellung des eingesenkten Trottoirs vor der Schule in der Bartensteingasse, da sonst die Kinder gefährdet werden und leicht stürzen können.

BN. Adamek verweist auf ein Trottoirgebrecchen vor den Häusern 6 und 10 auf der Seilerstätte. (An das Stadtbauamt.)

Das Pflasterpräliminare des 1. Bezirkes für das Verwaltungsjahr 1919/20 wird sodann über Antrag des Bezirksversteher nach den vom Stadtbauamte gemachten Vorschlägen einstimmig genehmigt.

BN. Frau Franl-Scheiber schildert in ausführlicher Rede das herrschende Bettlerunwesen. Nicht bloß Invalide, Blinde, alte Leute, welche aus dem Versorgungshause entwichen sind, da sie aus dem öffentlichen Bettel mehr herauschlagen, sondern auch Kinder beteiligen sich an dem Straßenbettel. Letztere werden demoralisiert, werden Taschendiebe, werden in ihrem Tun noch bestärkt durch das Verhalten des Publikums, welches aus Mitleid im Falle der Arretierung für sie Partei ergreift. Diesem Unwesen sollte mit Entschiedenheit gesteuert werden. Rednerin stellt daher den Antrag, die Bezirksvertretung wolle beschließen, es sei der Polizei-Präsident zu ersuchen, derselbe wolle den Präsidenten des Vereines gegen Verarmung und Bettelerei veranlassen, eine Enquete einzuberufen, in welcher diese unhaltbaren Zustände zur Sprache gebracht und alle Mittel zu deren Abstellung in Erwägung gezogen werden. Hauptsache wäre, daß für die Errichtung von Mädchenhorten vorgesorgt und auf gesetzlichem Wege das Recht festgelegt werde, daß Eltern vernachlässigter Kinder das väterliche und mütterliche Recht, Kinder zu halten, abgesprochen werden kann. Der Enquete selbst wären auch Bezirksräte beizuziehen.

Der Antrag, zu welchem BN. Wieninger und die BN. Hörnisch und Farda sprechen, wird einstimmig angenommen.

Hierauf wird die Sitzung geschlossen.

Allgemeine Nachrichten.

Die Frauenhilfsaktion im Kriege.

Schluß-Sitzung.

Unter dem Vorsitze der Gemahlin des Bürgermeisters, Frau Berta Weiskirchner, fand am 10. April im Gemeinderats-SitzungsSaale die feierliche Schluß-Sitzung der „Frauenhilfsaktion im Kriege“ statt.